



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/42 - 19.2.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Ein Kongreß der Verwirrung	S. 1
Britischer Gesundheitsdienst gefährdet	S. 3
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 5

## Auf dieser Basis nicht

H.P. Die am Wochenende in Frankfurt tagende "Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa" (MSEUE), konnte zwei Tage lang die Presse mit gefälligen Überschriften versorgen. Fragt man sich jedoch, was hinter den wohlklingenden und hochtrabenden Forderungen steht, so muß man objektiverweise berichten, daß repräsentative Persönlichkeiten, wie H.P. Spaak und André Philip, noch keine Bewegung darstellen. Es war ein Kongreß von Personen und nicht von Parteien. Dies spricht nicht unbedingt gegen die Personen, beleuchtet aber von vornherein die Grenzen der MSEUE.

Mit Ausnahme der Vertreter der holländischen Partei van de Arbeid, die aus Enttäuschung und Resignation über die bisherige Arbeit der Sozialistischen Internationale den Kongreß beschickten, waren Mitglieder von sieben anderen legalen Parteien anwesend, die aber vorwiegend nicht die Haltung ihrer Partei vertreten konnten. Drei Parteivertreter (Luxemburg, Österreich und Deutschland) haben bewußt nur als Beobachter der Tagung beigezogen. Neben diesen Angehörigen der legalen Parteien waren acht Repräsentanten von Exilparteien anwesend.

Aufgabe des Kongresses war, sich über zwei Grundprobleme zu unterhalten:

1. Die Grundsätze des europäischen Sozialismus
2. Europäische Fragen der Gegenwart.

Zu beiden Punkten lagen umfassende Berichte und Entwürfe vor, die in dem Ruf nach einer "Europäischen Linken" und der Forderung nach einer "Sozialistischen Partei Europas" gipfelten. Nach Ansicht der Befürworter soll die "Europäische Linke" nicht nur die Mitglieder sozialistischer Parteien, sondern auch die fortschrittlichen Katholiken umfassen. Die "Sozialistische Partei Europas" muß eine von den Parteien unabhängige Organisation sein

Diese Auffassungen widersprechen in eklatanter Weise der

Vorstellung, daß das Wesen der Demokratie und der politischen Willensbildung die Parteien sind. Europa kann nicht verwirklicht und seine Probleme nicht gelöst werden, ohne oder gegen die politischen Parteien. Es ist sicher nicht zufällig, daß gerade von französischen und holländischen Sozialisten wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß es darauf ankommt, den engen Kreis der sozialistischen Anhänger durch Zusammenarbeit mit den links eingestellten christlichen Demokraten zu vergrößern. Vermutlich wollte man damit aus der Not der Schwäche die Tugend einer über den sozialistischen Rahmen hinausreichenden europäischen Linken machen.

Die auf dem Frankfurter Kongreß angenommene Resolution hat sich für die europäische Armee und einen deutschen Wehrbeitrag ausgesprochen. An diesem Beispiel ist am besten die seltsame Basis dieses Kongresses offenbart worden. Während in Frankfurt die meisten französischen Delegierten für diese Resolution plädierten, konnte man in den Zeitungen lesen, daß die französische sozialistische Partei (SFIO) in derselben Frage eine wesentlich andere Haltung einnimmt. Wer soll also die dort gefaßte Resolution in die Tat umsetzen?

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier der Versuch gemacht wurde, die ablehnende Haltung der SPD zum deutschen Wehrbeitrag und zum Schuman-Plan zu korrigieren. Dafür sprechen nicht nur die dort gemachten Ausführungen, sondern auch die Zusammensetzung des Kongresses (32 Franzosen, 23 Belgier, 12 Italiener, fünf Holländer, fünf Saarländer, 32 Deutsche usw.). Es ist beachnend, daß kein namhafter Vertreter der Labour Party anwesend war. Die Abwesenheit Skandinaviens und die der Engländer sind ein weiterer Beweis dafür, daß es den Organisatoren darauf ankam, für eine klein-europäische Lösung zu plädieren. Auf diesem Wege dürfte ihnen die Sozialistische Internationale nicht folgen. Wenn man noch erwähnt, daß sämtliche Unkosten von unbekannter, freundlicher Seite gedeckt worden sind, so wird das Bild dadurch vervollständigt.

Bei Anerkennung der Notwendigkeit, die europäischen Probleme intensiver als bisher zu diskutieren, diente dieser Kongreß mehr der Verwirrung, als der Klärung.

+ + +

Mit gestohlenem Gut belohnt

(sp) Nach einer amtlichen Mitteilung tschechischer Regierungsstellen wurden bisher aus dem geraubten sudetendeutschen Hausbesitz 138.250 Familienhäuser "in das Eigentum privater Bewerber" überführt. In der Verlautbarung heißt es, daß diese Zuteilungen "aus dem konfiszierten Besitz von Kapitalisten, Kollaborateuren und Staatsfeinden" gemacht wurden.

+ + +

Ärzteverbände protestieren gegen Churchills Gebühren

B.C. - London

Churchills Toryregierung führte vor kurzem "Sparmaßnahmen" ein, denen zufolge jeder Patient, der ein Rezept zur Apotheke trägt, einen Anteil von einem Shilling an den Kosten tragen muß, und für jede Zahnbehandlung einen Anteil von einem Pfund - während bis dahin unter dem sozialen Gesundheitsdienst grundsätzlich jegliche Behandlung vollkommen frei gewesen war. Der Finanzfachmann der Labour Party, der frühere Schatzkanzler Hugh Gaitskell, wies im Unterhause nach, daß diese gewaltigen Belastungen gerade der Ärmsten für den von der konservativen Regierung vorgeschützten Zweck - Senkung der passiven Außen-Handelsbilanz - absolut irrelevant seien ("ungeeignet und ungerecht" nannte er gerade diese Maßnahmen in seiner Rede).

Jetzt haben zur allgemeinen Überraschung auch die "British Medical Association" (B.M.A.), der Verband, der alle Ärzte Großbritanniens umfaßt, und die "British Dental Association", der Zahnärzteverband, in scharfem, unmißverständlichem Ton gegen die Sparmaßnahmen protestiert.

In beiden Erklärungen heißt es, daß die finanzielle Belastung des heilungsuchenden Publikums dazu führen müsse, daß häufig Patienten erst im vorgeschrittenen Stadium ihrer Leiden zum Arzt kommen würden, womit eine vorbeugende Behandlung unmöglich werde. Das aber müsse in wenigen Jahren zu einem Zustand führen, der durch Vernachlässigung so viele Behandlungen und Rezepte nötig mache, daß dadurch der staatliche Gesundheitsdienst viel schwerer belastet werde, als heute unter der bisher zahlungsfreien Behandlung. Die Verbände fordern ihre Vertreter auf, mit allen Mitteln bei der Regierung eine Zurücknahme der Verordnungen zu erwirken.

In dieser Stellungnahme der Fachverbände der Ärzte und Zahnärzte zeigt sich eine grundlegende Wandlung gegenüber dem Mißtrauen und Skeptizismus, mit denen sie damals bei der Einführung des sozialen Gesundheitsdienstes unter Gesundheitsminister Bevan dagegen kämpften. Seinerzeit wollten die Verbände ihre Mitarbeit versagen,

und sie führten diese Drohung nur deswegen nicht aus, weil bei der Urabstimmung aller Ärzte und Zahnärzte die für den Streik stimmende Mehrheit nur eben unter der statutenmäßig erforderlichen Zweidrittelmehrheit blieb.

Seither haben praktisch alle teilnehmenden Ärzte sich mit dem System gut befreundet, das sowohl dem Arzt, als auch dem Patienten zumindest ebenso viel Freiheit läßt, wie das frühere, das Verhältnis zwischen Behandler und Behandeltem aber von allen geldlichen Rücksichten befreite und es armen Leuten möglich machte, zum Arzt zu gehen, wenn sie krank waren, nicht aber, wenn sie die nötigen Silbermünzen in der Tasche hatten. Der Angriff der konservativen Regierung auf den Gesundheitsdienst jedoch war zu erwarten, denn der Klassenkampfpartei der Tories ist von Anfang an der Dienst ein Dorn im Auge gewesen, der zugunsten des Volkes die Reichen steuerlich belastet.

+ + +

Ungeschicht

RAP

(sp) Das "Bulletin" Nr. 20 vom 16. 2. 1952, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, benutzt wiederholt die Begriffe "DDR", "Sowjetzonenregierung", "Regierung der DDR".

DDR ist die Abkürzung für "Deutsche Demokratische Republik"; diese ist eine Erfindung der russischen Besatzungsmacht und - was ihre maßgebenden Männer betrifft - ohne jeden Willen und ohne jede Möglichkeit zu politischem Eigenleben nach deutschen Vorstellungen. Das Gebiet der russisch besetzten Zone ist identisch mit der DDR. Die "Sowjetzonenregierung" ist identisch mit der "Regierung der DDR".

Unseres Wissens gibt es nur einen deutschen Staat, die Deutsche Bundesrepublik, nur eine deutsche Regierung, die Bundesregierung. Es gibt für uns keine "Deutsche Demokratische Republik", es gibt für uns keine "Sowjetzonenregierung" und keine "Regierung der DDR".

Will das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung einen zweiten deutschen Staat und eine zweite deutsche Regierung auf eigene Faust anerkennen? Sicher nicht. Aber man könnte ihm eines Tages den Vorwurf machen, es habe eine solche Anerkennung durch die Übernahme des östlichen Sprachgebrauchs ausgesprochen.

-ss

+ + +

- 5 -

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Die mangelhafte Planerfüllung in der Hüttenindustrie der Sowjetzone hat dazu geführt, daß auch die Kapazität der anderen Industriezweige nicht ausgenutzt werden kann. An eine regelmäßige Produktion kann vor allem in den stahl- und eisenverarbeitenden Betrieben nicht gedacht werden, da die Rohstoffe zu unregelmäßig geliefert werden. Die Belegschaften müssen deshalb zeitweise in Hofkolonnen oder mit anderen unproduktiven Arbeiten beschäftigt werden, um die Entlassung eingearbeiteter Facharbeiter zu vermeiden. Während der Dauer dieser Tätigkeiten werden die Arbeiter mit der untersten Lohnstufe bezahlt.

x

Die Abteilung Propaganda des NDP-Landesverbandes in Sachsen protestierte in einer vertraulichen Information gegen die "leichtfertige" Veröffentlichung von Leserzuschriften in der Sowjetzonenpresse. Gegenstand der Kritik ist eine in der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" veröffentlichte Leserzuschrift aus Welzow, in der es wörtlich hieß: "Es ist zu berücksichtigen, daß in unserer Siedlung viele Arbeitslose wohnen". Der NDP-Landesverband hat auszusetzen, daß diese Meldung unbedingt hätte unterbleiben müssen. "Das Beispiel zeige, wie wir selbst den Gegnern der deutschen Einheit und des Friedens die Waffe in die Hand geben, um unsere Propaganda Lügen zu strafen". Damit ist die Existenz von Arbeitslosen in der Sowjetzone zugegeben.

x

In Eberswalde hat die Abschaffung der Hausarbeitstage für arbeitende Frauen als Auswirkung der Kollektivverträge zu lebhaften Diskussionen geführt. Der FDGB hatte erklärt, daß die Frage des Haushaltstages eine Frage "des Bewußtseins und der neuen Einstellung zur Arbeit sei. Die Erfüllung des Fünfjahresplanes, die Wettbewerbe zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten machten den Wegfall des Haushaltstages notwendig". Die Arbeiterschaft dagegen wendet sich entschieden gegen den Wegfall dieses erkämpften Rechtes.

x

In Zella Mehliß verübte ein Arbeiter Selbstmord, weil die Schikanen, denen er nach seiner Weigerung, der SED beizutreten, ausgesetzt war, bis zur Unerträglichkeit anstiegen. Bei dem Arbeiter handelt es sich um einen bei seinen Kollegen beliebten Facharbeiter, der eine Frau und zwei Kinder hinterließ. Er war nach seiner Weigerung zu allen möglichen Arbeiten herangezogen worden, die nicht zu seinem Arbeitsgebiet gehörten und als auch das seinen Widerstand nicht brach, wurde er einem der berüchtigsten Aktivisten im Betrieb unterstellt. Aus Protest gegen die Methoden der Betriebsleitung und des FDGB, die an dem Tod des Arbeiters schuldig sind, legte die Belegschaft die Arbeit für zwei Stunden nieder.

x x x

---

Verantwortlich: Peter Raunau

S p e r r f r i s t

bis 20. Februar 20 Uhr

Schumacher-Interview für den  
Bayerischen Rundfunk am 20. Februar 1952

1. Frage: Wie ist Ihr persönliches Befinden ?

Antwort: Meine Erholung macht außerordentliche Fortschritte. Die eigentliche Badekur zur Gesundung habe ich noch vor mir. Aber der Prozeß der Kräftigung schreitet beträchtlich vorwärts. Ich habe z.B. auch 14 Stunden der Verteidigungsdebatte am Rundfunk mitverfolgt.

2. Frage: Welchen Wert für die Konstruktion Europas legen Sie der Bundestagsdebatte über einen deutschen Verteidigungsbeitrag bei ?

Antwort: Dazu möchte ich vorweg sagen, daß die Sozialdemokratie als erste und lange Zeit hindurch als einzige Partei eine Außenpolitik und einen deutschen Standort in dieser Frage entwickelt hat. Besonders in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages hat die Sozialdemokratie ein geschlossenes und klares System von Voraussetzungen geschaffen. Von diesem System gingen die Ausführungen der drei sozialdemokratischen Fraktionsredner aus, deren Grundsätze vorher von der Bundestagsfraktion einstimmig und ohne Stimmenthaltung gebilligt worden waren.

Diese sozialdemokratischen Voraussetzungen haben im deutschen Volk weitgehend Wurzel gefaßt. Insbesondere waren sie die Waffe bei den Auseinandersetzungen mit der Stimmung des "Ohne-mich", wie die kommunistische Propaganda sie erzeugen wollte.

3. Frage: Ist jetzt dadurch, daß die Parteien der Bundesregierung auch von Voraussetzungen sprechen, eine Annäherung in der Sache erfolgt ?

Antwort: Nein, der Abstand zwischen den Parteien der Bundesregierung und der Sozialdemokratischen Partei war in dieser Frage niemals größer als heute. Auf unser System der Voraussetzungen sind weder die Träger der amtlichen deutschen Außenpolitik, noch die Regierungsparteien eingegangen.

Man kann jetzt nicht nachträglich nach so langen voraussetzungslosen und die deutsche Sache schädigenden Verhandlungen einige Dinge als Voraussetzungen bezeichnen, so sehr wir ihre sachliche Erfüllung wünschen.

Nur das rechtzeitige Eingehen auf die sozialdemokratischen Voraussetzungen hätte eine Konzentration der nationalen Kräfte auf eine Konzeption, die sich zu Gunsten Europas ausgewirkt hätte, ermöglicht und damit die Sowjetzone und Berlin geschützt.

2. Seite Anhang zu P/VII/42: Schumacher-Interview

Dieses System der sozialdemokratischen Voraussetzungen ist die Alternative, die freilich eine andere Außenpolitik der Bundesregierung bedingt hätte. Der Ernst und die sachliche Bindung dieses Programms sind völlig unabhängig davon, ob die Sozialdemokratische Partei in der Opposition oder in der Regierung ist.

4. Frage: Was war Ihr Eindruck von den Ausführungen der Redner der Regierungsparteien ?

Antwort: Der Versuch der Regierungsparteien, der Sozialdemokratie schon die Position einer möglichen Regierungspartei zuzuspielen und für sich selbst schon heute gegenüber ihrer eigenen Regierungspolitik die Aufnahmestellung als Opposition vorzubereiten.

Des weiteren ist mir beim Zuhören am Radio aufgefallen, daß eine Reihe von Rednern der Regierungsparteien, wenn sie fürchteten, mit ihrem europäischen Vokabular nicht den nötigen Eindruck zu machen, ziemlich kräftige Anleihen im traditionellen Nationalismus machten.

5. Frage: Glauben Sie, daß die Bereitschaft für den Verteidigungsbeitrag durch die Bundestagsdebatte gefördert worden ist ?

Antwort: Nein, diesen Eindruck habe ich nicht. Die absolute Entschlossenheit der Regierung und ihrer Parteien, auf nichts Rücksicht zu nehmen und den Verteidigungsbeitrag unter Dach und Fach zu bringen, war zu deutlich zu spüren. Dadurch sind alle Gegenaffekte wachgerufen worden, die die gesamte Politik der Bundesregierung, nicht nur die Außen- und Innenpolitik, sondern vor allem auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik erzeugt haben.

Es ist sehr aufschlußreich, daß die gesamte Presse des Ostens das Nein der Sozialdemokratie unterschlägt. Auf derselben Linie liegt das Bemühen der kommunistischen Redner im Bundestag, die Sozialdemokratie als in einer Einheitsfront mit dem Bundeskanzler befindlich zu denunzieren.

Der in der Sache schon weitgehend erledigte "Ohne-mich"-Standpunkt ist dadurch teilweise galvanisiert worden. Die Parteien der Bundesregierung haben zu stark auf die Pauke der Europaarmee geschlagen.

Die Schärfe der ablehnenden Reaktion heute haben sich die Akteure der Bundesregierung selbst eingehandelt.

Besonderen Widerstand hat erregt und wird weiter erregen die Methode, diesem Parlament von 1949 die Kompetenz der letzten Entscheidung zuzubilligen und alle sachlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken bei Seite zu schieben.

6. Frage: Meinen Sie damit auch die Entschliesung des bayerischen Gewerkschaftsbundes ?

Antwort: Mir scheint, daß die Presse diese Entschliesung in ihrem Sinne etwas zu einseitig ausgelegt hat. Sie ist zu verstehen als die Reaktion auf ein ganzes System der Regierungspolitik und -weise.

3. Seite Anhang zu P/VII/42: Schumacher-Interview

Im übrigen hat diese Entschließung auch eine rein inner-gewerkschaftliche Seite. Die Delegierten haben ohne Rücksicht auf ihre politische Herkunft einmütig sich dagegen verwahrt, daß einzelne Vorstandsmitglieder des DGB einseitig für den Standpunkt der Bundesregierung Stellung genommen haben.

7. Frage: Wie schätzen Sie die Wirkung dieser Debatte auf das Ausland ein ?

Antwort: Die sowjetische Seite versucht bereits, aus der Debatte Kapital zu schlagen. Herr Ulbricht ist politischer Alpinist geworden und legt auf der Rütlialm unablässig für die deutsche Einheit und den Frieden Bekenntnisse ab. Die sowjetische Seite sieht gerade in dem definitiven und mit der militärischen Stärke drohenden Ton der Bundesregierung eine Chance für ihre Propaganda.

Im übrigen ist der neueste Vorstoß der Sowjets auch zu verstehen als ein Druck auf die Französische Kammer und als ein Ausdruck des Offensivwillens der Sowjetunion auf das Verhältnis der vier Besatzungsmächte untereinander.

Das Echo in Paris war so, als ob Deutschland sich danach drängt, mit dem Verteidigungsbeitrag aufwarten zu dürfen. Die Politik des Sichdrängens und des Sich-selbst-Anbietens ist in jedem Fall keine gute Politik. Die Geschichte der letzten zwei Jahre ist voller Beispiele dafür.

8. Frage: Was ist nach Ihrer Meinung die deutsche Position in Bezug auf den ostzonalen Vorstoß ?

Antwort: Dieser Vorstoß ist auch mit hervorgerufen worden durch die kurzsichtige Politik der Bundesregierung. Sie hätte mit derselben Intensität geistig und politisch die Sache der deutschen Einheit behandeln sollen, mit der sie die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages vorangetrieben hat. Das ist das Gesetz der politischen Offensive.

Die Machthaber der sowjetischen Zone nutzen dieses Versagen der Bundesregierung zu einer neuen Einheitskampagne unter kommunistischen Vorzeichen aus.

Es wäre gefährlich, diesen Vorstoß nur als Propagandatrieb abtun zu wollen. Nachdem Herr Grotewohl sich legitimiert gefühlt hat, an alle vier Besatzungsmächte heranzutreten, wäre es jetzt die Aufgabe des Westens und vor allem der Bundesregierung als derjenigen, die es am meisten angeht, ihrerseits die Sowjets zu stellen und Klarheit über die sowjetischen Absichten zu verlangen.

Die Chance ist günstig, denn da Herr Grotewohl in sowjetischem Auftrag an alle vier Besatzungsmächte geschrieben hat, können sich jetzt die Sowjets einer Antwort nicht entziehen, wenn sie gefragt werden. Im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag ist die Frage der deutschen Einheit noch wichtiger als bei früheren Erörterungen der Konstruktion Europas.

4.Seite: Anhang zu P/VII/42:- Schumacher-Interview

9.Frage: Worin sehen Sie die innerpolitische Lösung ?

Antwort: Das Volk erträgt es nicht, stumm zu bleiben. Darum ist die Frage der Neuwahlen heute aktueller als je. Wir verlangen Neuwahlen, weil dieser wichtigste Bestandteil der europäischen Neuordnung, wie der deutsche Verteidigungsbeitrag, nur im Zusammenhang mit der gesamten Außen- und Innenpolitik und unter Berücksichtigung der Rückwirkung auf die soziale Struktur beantwortet werden kann.

+ + +